

25. SEP. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/195

Bonn, den 25. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Frankreichs Sozialisten und de Gaulle ----- Interview mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs und früherem Ministerpräsidenten Guy Mollet	140
3a	Begrüßenswerte Aktion ----- Kuratorium UNTEILBARES DEUTSCHLAND bei der UNO	21
3a	Lobbyisten ----- Zur letzten "Spiegel"-Veröffentlichung über Strauss	24
4 - 5	Mit klarem Kopf in schwerer Zeit ----- Die Grundlagen unserer Politik Von Senator Klaus Schütz	95
6 - 7	Das Vaterland des Regimentskommandeurs ----- Nachdenkliches zur Flucht des NVA-Oberstleutnants Loeffler	87

***** ZUR BEACHTUNG *****
 Wir veröffentlichen in der Mittwochausgabe unseres Pres-
 sedienstes (26.9.62) einen Artikel zu dem gegenwärtig in
 Bonn viel diskutierten Thema:
 Bundesrepublikanische "public relations" im Ausland

Chefredakteur Günter Markscheffel

Frankreichs Sozialisten und de Gaulle

Interview mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei
Frankreichs und früheren Ministerpräsidenten
Guy Mollet

SPD-Pressedienst: Herr Präsident, das Verlangen de Gaulles, den Staatspräsidenten künftig durch eine Volksbefragung zu wählen, ist in der französischen Öffentlichkeit auf eine heftige Opposition gestossen. Welches sind die wichtigsten Gründe dieser Opposition?

Guy Mollet: Im französischen Volk lebt eine tiefverwurzelte und berechnigte Abneigung gegen jede Art autoritärer Staatsführung. Die Tatsache, daß de Gaulle durch die Direktwahl des Präsidenten die Parlamente (Nationalversammlung und Senat) ausschalten will, hat diese Abneigung zunächst rein gefühlsmässig geweckt. Viele Franzosen sagen sich de Gaulle habe 1958 den Eid auf eine vom Volke gebilligte Verfassung geleistet und will jetzt diese Verfassung nach seinen persönlichen Vorstellungen ändern. Damit begibt er sich auf eine Ebene, die nicht mit dem Volkswillen identisch ist. Man weiß hierzulande sehr gut, daß eine Verfassungsänderung nur rechtens ist, wenn sie durch die beiden Parlamente und das positive Ergebnis eines Referendums gebilligt wird.

Was de Gaulle jetzt will, widerspricht diesem Verfassungsgrundsatz, der 1958 in der öffentlichen Diskussion eine entscheidende Rolle gespielt hat. Hier sind die gefühlbedingten, aber auch die verfassungsrechtlichen Wurzeln der Opposition gegen das Vorhaben de Gaulles. Außer den in jeder Situation linientreuen Gaullisten haben sich praktisch alle politischen Gruppen Frankreichs gegen das Projekt und besonders gegen die von de Gaulle angewandte Methode ausgesprochen.

Kein "Weg zurück" zur Vierten Republik

SPD-Pressedienst: Können Sie Ihre Bedenken etwas präzisieren? In Deutschland glaubt man oft, die Gegner der de Gaulles'schen Vorstellungen von einer Verfassungsänderung wollten sich den Weg für eine Rückkehr zum Regime der Vierten Republik mit dem unübersehbaren Spiel von parlamentarischen Mehrheiten und Regierungswechseln offen halten.

Guy Mollet: Meine politischen Freunde und ich haben keineswegs die Absicht, einen solchen "Weg zurück" zu gehen oder ihn uns offen zu halten. Wir wissen sehr gut, daß die Periode vor 1958 durchaus nicht als Idealzustand anzusehen ist. Aus diesen Grunde haben wir damals - ich darf wohl daran erinnern - mehrfach auf die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung verwiesen.

Was uns jetzt jedoch von de Gaulle vorgeschlagen wird, bedeutet praktisch, daß der Präsident der Republik in Zukunft nicht nur direkt gewählt, sondern daß dadurch die gaullistische Interpretation von der Rolle des Präsidenten für dauernd festgelegt werden würde. Die Wähler würden also, auch für einen Nachfolger de Gaulles, die permanente Verfassungsvorgewaltigung sanktionieren.

- * Der Präsident der Republik wäre nicht mehr ein Schiedsrichter
- * zwischen Legislative und Exekutive, sondern die unkontrollierte
- * Exekutive selbst, die sogar das Recht hätte, sich über die
- * Parlamente zu stellen oder sie nach Hause zu schicken. Im gün-
- * stigsten Falle wäre das ein Salazar-Regime, im ungünstigsten
- * Falle ein südamerikanisches Präsidial-Regime.

Verfassungsänderung ist Ablenkungsmanöver

SPD-Pressedienst: Sie haben kürzlich in einer Rede vor dem Nationalrat Ihrer Partei darauf hingewiesen, daß es für Frankreich zur Zeit wichtigere Probleme als das der Verfassungsänderung gibt. Sie haben angedeutet, daß die von der Regierung mit einem riesigen Propagandaaufwand eingeleitete Diskussion über die zukünftige Präsidentenwahl ein Mittel zur Ablenkung der Aufmerksamkeit des Volkes von anderen Fragen ist. Können Sie diese Andeutungen näher erläutern?

Guy Mollet: Gern. Alle Staaten der freien Welt stehen vor gewaltigen Problemen, die schnellstens gelöst werden müssen, wenn die Freiheit erhalten bleiben soll. Auch Frankreich. Da ist zunächst die übergeordnete Aufgabe der Erhaltung des Friedens. Dann die Hilfe für die Entwicklungsländer. Innenpolitisch müssen wir Franzosen große Anstrengungen machen, um den Lebensstandard unseres Volkes zu verbessern und um die Integration unserer Wirtschaft im Rahmen des Gemeinsamen Marktes reibungslos durchzuführen. Das alles setzt eine demokratische Planung der gesamten Kräfte unserer Nation voraus; sowohl auf geistigen wie auch auf materiellem Gebiet. Wir brauchen eine zielklare Wirtschafts- und Sozialpolitik, ebenso wie eine konsequente Modernisierung unseres Erziehungs- und Bildungswesens.

Ich stelle fest, daß die Aktivität der Regierung auf allen diesen Gebieten sehr zu wünschen übrig läßt. Die Nation hat wegen des Algerien-dramas eine Art Pause akzeptiert, und wir Sozialisten haben immer gesagt, daß viele Probleme der Lösung des Algerienproblems untergeordnet werden müssen. Aber glaubt man jetzt, da dieses Drama seinem Ende zugeht, daß es für unser Volk nichts wichtigeres gibt, als die Beantwortung der Frage, wie ein künftiger Präsident gewählt werden soll? - Das ist nicht seriös. Das ist nicht ein Verhalten, das den Erfordernissen und der Würde der Nation entspricht. Das ist einfach der Versuch, die Nation von ihren eigentlichen Aufgaben abzulenken.

Bravo zur deutsch-französischen Aussöhnung!

SPD-Pressedienst: Sie haben in diesem Zusammenhang auch Ihre Skepsis gegenüber der Europa-Politik de Gaulles geäußert und dabei unter anderem auf den Besuch des Staatspräsidenten in der Bundesrepublik verwiesen. Bezieht sich Ihre Skepsis auch auf die deutsch-französische Aussöhnung?

Guy Mollet: Das wäre absurd. Zur deutsch-französischen Aussöhnung sage ich selbstverständlich "Bravo". Sie hätte schon viel eher kommen können und müssen. Erlauben Sie mir aber auf die Vorgeschichte dieses Ereignisses, das durchaus positiv zu werten ist, hinzuweisen. Diese Vorgeschichte ist nämlich so interessant, daß sie in Erinnerung gerufen werden sollte, und sei es nur deswegen, um die historischen Zusammenhänge richtig bewerten zu können.

Der große französische Sozialist Jean J a u r è s wurde am Vorabend des ersten Weltkrieges wegen seines Eintretens für die deutsch-französische Aussöhnung von einem nationalistischen Meuchelmörder erschossen.

Als unser unvergessener Léon B l u m nach dem zweiten Weltkrieg aus dem Konzentrationslager Buchenwald in die Heimat zurückkehrte und erleben mußte, wie Gaullisten und Kommunisten den Deutschenhaß predigten, für die Zerstückelung Deutschlands Propaganda machten und die Anerkennung der Kollektivschuld für das ganze deutsche Volk forderten, erhob er seine Stimme gegen eine solche Politik. Mit seiner großen Autorität wandte er sich gegen die Verurteilung des deutschen Volkes. Léon Blum sagte damals unter den wütenden Protesten der Gaullisten und Kommunisten, die These von der Kollektivschuld eines Volkes sei "weder sozialistisch, noch marxistisch und erst recht nicht französisch."

- * Die Reise de Gaulles in die Bundesrepublik? Ich meine, die
- * Annäherung unserer Völker ist nicht das Ergebnis der Treffen
- * in Reims, Köln, Mourmelon oder Hamburg. Sie ist das Ergebnis
- * eines langjährigen Drängens der französischen und deutschen
- * Sozialisten und - zu einem späteren Zeitpunkt - der konse-
- * quenten Europapolitik, die die Eingliederung Deutschlands in
- * ein integriertes Europa zum Ziele hatte.

Wir französischen Sozialisten haben sofort nach Ende des zweiten Weltkrieges die Aufnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in die Sozialistische Internationale befürwortet. Wir sind deswegen von den Kommunisten und Gaullisten beschimpft worden. Dann haben wir - gegen den Widerstand von Kommunisten und Gaullisten - gemeinsam mit allen europäisch denkenden politischen Gruppen in Frankreich die Aufnahme der Bundesrepublik in die europäischen Organisationen gefördert und durchgesetzt. Wir haben die friedliche Regelung des Saarproblems gegen den Widerstand der Kommunisten und Gaullisten durchgesetzt. Als es darum ging, eine gemeinsame europäische Verteidigung zu organisieren, haben uns Kommunisten und Gaullisten in der Nationalversammlung überstimmt.

De Gaulle brext Integration Europas

Jetzt stehen wir "französischen Europäer" in Opposition zu den Europaplänen de Gaulles, der einerseits in Deutschland spektakuläre Triumphe feierte, andererseits jedoch alles tut, um die Allianz der freien Nationen aufzusplittern und die europäische Integration zu bremsen.

Stellen Sie sich vor, de Gaulle würde seine Pläne verwirklichen und auf seine Weise eine sogenannte politische Union Europas schaffen. Das würde ein Rat der Staatschefs sein, die sich vielleicht alle sechs Monate einmal treffen, um miteinander zu plaudern, die aber gleichzeitig in der praktischen Europapolitik jederzeit ein Veto einlegen können.

Ohne den Wert gewisser Gesten des Präsidenten in Deutschland zu unterschätzen, sind wir gegen eine solche Politik, weil sie im Widerspruch zur Entwicklung einer wahren Übernationalität Europas steht und weil es sehr schwierig sein dürfte, die inzwischen verlorengegangene Zeit auf dem Wege zu einem tatsächlich integrierten übernationalen Europa wieder aufzuholen. - Meine Schlußfolgerung ist einfach: Wir französischen Sozialisten können unmöglich gegenüber dem grossen Täuschungsmanöver schweigsam bleiben, dem das französische Volk jetzt ausgeliefert werden soll.

Interviewer: Günter Markscheffel

Begrüßenswerte Aktion

Kuratorium UNTEILBARES DEUTSCHLAND bei der UNO

sp - Es ist zu begrüßen, daß sich das Kuratorium UNTEILBARES DEUTSCHLAND entschlossen hat, eine gewichtige Delegation nach New York zur UNO zu entsenden, um dort die menschenunwürdigen Zustände an der Mauer in Berlin drastisch darzustellen. Die Bundestagsabgeordneten Dr. Gradl, Kurt Mattick, Dr. Thomas Dehler sowie das Mitglied des DGB-Bundesvorstandes Hansen werden in Begleitung des Kuratoriums-Geschäftsführers Dr. Schütz sicher wertvolle Aufklärungsarbeit leisten können. Eine umfassende amtliche Dokumentation der Zwischenfälle an der Mauer dürfte ihren Eindruck nicht verfehlen. Bei Durchführung dieser Aktion muss jedoch daran erinnert werden, wie bedauerlich es ist, daß sich die Bundesregierung nicht entschliessen konnte oder wollte, das dramatische Geschehen in Berlin von Amtswegen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen darzustellen. Das Kuratorium UNTEILBARES DEUTSCHLAND ist eine gewichtige aber doch private Organisation; sie erfüllt dankenswerterweise große Aufgaben im Interesse Deutschlands. Die von der Bundesregierung gegen einen eigenen Schritt bei der UNO vorgetragenen formalen Bedenken lassen zu leicht den Eindruck entstehen, als wolle man in Bonn das Berlinproblem weiterhin nach dem Motto "rühr mich nicht an" behandeln. Bei voller Unterstützung, die die Aktion des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND verdient, muß die mangelnde Aktivität der Bundesregierung bedauert werden.

Lobbyisten

sp - Die letzte "Spiegel"-Veröffentlichung über Waffenanschaffungen durch das von Franz-Josef Strauss geführte Bundesverteidigungsministerium ist keine erfreuliche Lektüre. Die Vorgänge liegen zwar schon einige Jahre zurück, aber wenn auch nur ein Teil dessen zutreffen sollte, was dieses Nachrichtenmagazin in zeitraubenden Nachforschungen zutage brachte, wäre es schon schlimm genug. Es ist Sache des vielbeschäftigten und durch die Pöbels-Affäre angeschlagenen Strauss, sich mit dem "Spiegel" auseinander zu setzen. Ein klärendes Wort von ihm läßt sich wohl nicht vermeiden. - Auf dem weiten Feld der Rüstungskäufe tumeln sich viele Gestalten. Die Aussicht auf große Gewinne - sie gehen bei der Größenordnung der Verteidigungsausgaben oft in die Millionen - bildet für viele eine allzu große Versuchung, mit allen Mitteln in ein solches Geschäft zu kommen. Es wäre schon viel gewonnen, würde für alle Interessensvertreter in der Bundesrepublik eine Registrierpflicht eingeführt werden. Diese Anregung hat seinerzeit Willy Brandt gegeben, sie fand jedoch leider keinen Anklang bei den Regierungsparteien. In Washington besteht die Registrierpflicht für Lobbyisten schon seit vielen Jahren. Die Senatoren und Regierungsbeamten wissen, mit wem sie es da zu tun haben. Die Möglichkeit unsuldsamer Einflussnahme, sei es durch Familienbeziehungen oder Verbindungen anderer Art, bleibt auf ein Mindestmaß beschränkt. Warum befolgt das offizielle Bonn nicht dieses Washingtoner Beispiel? So mancher Ärgert sich dann erspart, und auch den Bundesbürger beschliche nicht das ungute Gefühl, daß mit seinen Steuergeldern manchmal recht fahrlässig umgegangen wird.

Mit klarem Kopf in schwerer Zeit

Von Senator Klaus Schütz

Im Mittelpunkt weltpolitischer Spannung ringt der freie Teil Berlins um seine Lebensfähigkeit. Westberlin wird seine Freiheit auf die Dauer nur bewahren, wenn es in schwerster Bedrängnis lebensfähig bleibt. Die Lebensfähigkeit der Stadt beruht auf vielen Fundamenten. Eine wesentliche Grundvoraussetzung aller Berlin-Politik bleibt: Lebensfähigkeit ist nur denkbar, wenn die Berliner selbst mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Ohne diese Zukunftszuversicht wird Westberlin - so hat es die Sowjetunion in ihrem Deutschland-Memorandum vom 27. Dezember 1961 ausgedrückt - "unvermeidlich verkümmern und dahinsiechen". Ohne diese Zukunftszuversicht würde Chruschtschow doch noch in Berlin siegen. Das Ringen um Berlin wird als Teil einer weltpolitischen Auseinandersetzung auf vielen Ebenen ausgetragen. Entschieden allerdings wird es nicht zuletzt in den Köpfen und in den Herzen der Berliner Bevölkerung.

Diese Entscheidung fällt in diesen Monaten. Dabei ist nötig, daß die Berliner ihren Platz und ihre Aufgabe noch stärker als bisher erkennen. Sie werden sich vor Kurzschlußreaktionen hüten müssen. Dann werden sie ohne Illusionen, aber mit klarem Kopf und dem Sinn für das Wesentliche weiter vorangehen. Sie wissen: Dann werden wir es schaffen.

Die sowjetische Politik ist gegen den freien Teil Berlins gerichtet. Westberlin soll in den kommunistischen Mauerstaat eingemeindet werden.

Die westliche Allianz hat diesem Vorgehen ihre Garantien für Westberlin entgegengesetzt. Ihre Berlin-Politik beruht auf drei Grundvoraussetzungen: Präsenz der Schutztruppen in Westberlin, ungehinderter Zugang von und nach Westberlin, Lebensfähigkeit Westberlins. Und es heißt jedesmal - das sei hier hervorgehoben - "Westberlin".

Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt hat in ernster Stunde den Berlinern klar und unmißverständlich Inhalt und Grenzen der westlichen Garantien erklärt. Sie bedeuten, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich haben ihr Schicksal mit dem unseren verbunden. Sie sind bereit, "im Falle eines Angriffs auf Westberlin oder einer Zerstörung dessen, wovon diese genannten Garantien handeln", die ganze Gewalt des westlichen Bündnissystems aufzubieten.

Diese Sätze geben - genau und Wort für Wort gelesen - Auskunft über den tatsächlichen Inhalt der Garantien. Diese Sätze geben auch Auskunft über die tatsächlichen Grenzen dieser Garantien. Die westliche Allianz ist "vorbereitet" - das muß jetzt im vollen Wert und in voller Bedeutung erkannt werden - den wirklichen Gehalt der drei Grundvoraussetzungen ihrer Berlin-Politik zu erhalten. Dazu ist sie entschlossen bis zum äußersten Risiko.

Der 13. August 1961 war und ist eine Lehre. Er hat genau die Grenzen der westlichen Reaktionsmöglichkeiten gezeigt. Alle müssen es wissen: Der Westen ist auch heute nicht bereit, über diese Grenzen hinaus zu handeln. Hier hilft uns allen nur die realistische Erkenntnis der tatsächlichen Lage. Illusionäres Wunschdenken in dieser Frage hindert uns geradezu das

für Freiheit und Lebensfähigkeit Westberlins Wesentliche klar zu erkennen. Die auf das äußerste Risiko gestützten Garantien der Mächte für Westberlin sind unerschütterlich, und sie werden es bleiben.

Sie werden es aber nur bleiben können, wenn die Deutschen ihren eigenen Beitrag voll leisten - militärisch und politisch. Drei Schwerpunkte der deutschen Berlin-Politik sind zu nennen:

1. Wir dürfen uns von niemandem in unserem politischen und militärischen Beitrag übertreffen lassen. Klar, realistisch, zielstrebig und ohne Illusionen. Das wird neue Lasten und neue Belastungen bringen. Die Bundesrepublik muß sie tragen.
2. Wir müssen das Unrecht, das in einem Teil unseres Vaterlandes geschieht, wo immer möglich, der Welt bewußt sein lassen. Ulbrichts-Schießbefehl muß weg. Das ist keine leere Propagandaformel. Das ist eine Aufgabe.
3. Die Lebensfähigkeit Westberlins, des freien Teils der deutschen Hauptstadt, muß erhalten und ausgebaut werden. Das ist der eigentliche deutsche Beitrag. Hieran wird die deutsche Politik gemessen werden.

Lebensfähigkeit - welche Kategorien bestimmt dieser Begriff? Lebensfähigkeit ist eine Kombination von politischen, psychologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Momenten. Die Lebensfähigkeit und die Zukunftszuversicht Westberlins werden aber nur erhalten werden, wenn die beiden westlichen Seiten dieser Aufgabe von allen Deutschen als gleichwertig erkannt werden:

1. Lebensfähigkeit und Zukunftszuversicht sind nur möglich, wenn Westberlin fester Bestandteil des Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland ist. Die Berliner müssen wissen, wohin sie gehören. Sie gehören zum freien Teil Deutschlands.
2. Lebensfähigkeit und Zukunftszuversicht sind nur möglich, wenn die Freiheit in Westberlin erhalten bleibt. Diese Freiheit muß - wenn nötig - militärisch jederzeit verteidigt werden. In diesem Punkt darf es keine Zweifel geben. In diesem Punkt wird es keine Zweifel geben.

Nicht wenige Wunschvorstellungen nach umfassenderen Initiativen des Westens in der Deutschland- und in der Berlin-Frage sind in den vergangenen Jahren unerfüllt geblieben. Enttäuschung war bei vielen unserer Landsleute die Folge. Aber nicht nur Enttäuschung. In Berlin ist gleichzeitig der Sinn für das Wesentliche geschärft worden.

So ist Grundlage der Berliner Politik heute mehr denn je die Erkenntnis, daß wir ohne Illusionen, aber mit klarem Kopf vorangehen müssen. Wunschvorstellungen, etwa der Art, die Schutzmächte würden die Grenzen ihrer Garantien überschreiten, helfen uns nicht weiter. Wichtig ist allerdings unser festes Vertrauen in gerade diese Garantien. Und mit diesem Wissen sehen wir zuversichtlich in die Zukunft. Die Freiheit Westberlins wird erhalten bleiben.

Das Vaterland des Regimentskommandeurs

sp - Der Stand der Obristen gehört zum Typ der Schlüsselfiguren in der militärischen Hierarchie. Ihr Rang steht etwa auf der Mitte zwischen der obersten Führung und der Truppe in der Kaserne, gerade noch eng genug mit dem Unterführerkorps verbunden, um nach unten persönlich wirken zu können. Bei ihnen wird die Politik transformiert in militärische Aktion.

Loefflers Bekenntnisse vor der Bonner Presse waren sensationell. Aber nicht etwa in seinen von einigen Zeitungen hervorgehobenen Erzählungen über die Angriffsübungen und Manöverlagen der Volkarmee. gehören diese doch zum Einmaleins sämtlicher Armeen, östlicher und westlicher. Auch waren strategische Geheimnisse vor ihm nicht zu erwarten, was er übrigens selber einräumte.

Viel aufschlußreicher waren die Einblicke in das seelische Panorama eines sowjetzonalen Regimentskommandeurs, der als Inhaber der vollziehenden Gewalt jeden Tag an kritischer Stelle eingesetzt werden kann, von dessen Funktionieren der Bestand des Regimes abhängt.

Ulbrichts "Kaderschmiede" funktioniert nicht

Man hätte einen politischen Funktionär erwarten dürfen, einen Leninistischen Fanatiker, einen ergebenen Diener einer Sache, an die er glaubt. Hat doch schließlich die SED wie kein politisches System vorher mit der Tradition des militärischen Fachmanns gebrochen, alle Wurzeln der Vergangenheit gekappt und den proletarischen Axiomnachweis über die Befähigung gestellt. Ein Hitler mußte sich über die alten Generale ärgern, auf die er nicht verzichten konnte, nicht einmal in seiner SS dominierten die Parteiveteranen, sondern die Truppiere kamen aus der alten Reichswehr. Alles das hat Ulbricht vermieden. Seine Offiziere kommen aus der Kaderschmiede der Partei.

Der Weg des Oberstleutnant Loeffler führte von der Urschulung in der Gefangenschaft geradenwegs in die Volkspolizei und in die NVA. Die Ehefrau SED-Mitglied, der Vater seit 1949 KPD-Mann, von vierzehn Dienstjahren fünf Jahre Lehrgänge in der Sowjetunion - was hätte die Kaderabteilung im Zentralkomitee mehr erwarten können? Ein Paradebesuch für einen Regimentskommandeur in erster Arbeiter- und Bauernstaat, geradezu ein Vorbild für jeden jungen Picnier.

Nicht "emigriert"

Aber zwei Dinge sind stärker gewesen im Leben dieses Arbeitersohnes Martin Herbert Loeffler, gegen die auch eine 17 Jahre lange kommunistische Seelenmassage nicht hat helfen können: Das Eigengewicht

einer beruflichen Funktion und die Existenz eines - nennen wir es ohne Scheu so - unteilbaren Deutschland.

Der Regimentskommandeur Loeffler ist nicht geflohen, weil er ideologische Bauchschmerzen hatte, weil ihm die Entstalinisierung die Augen öffnete oder die Mauer, weil ihm das System, "der Gott, der keiner war", anekelte. Er hat auch nicht im Widerstand versucht, einen neuen Kurs zu erzwingen. Er ist vielmehr gegangen, weil er Ärger mit seiner Partei und mit den Russen hatte, Querelen, deren Gewicht in der Politik gleich null ist. "Sinnwidrige Einflüsse" hat er seinen Knatsch mit schöner Offenheit genannt. Er hatte seinen Haufen auf Zack, wie es im Jargon der Branche heißt, aber Außenstehende "quetschten ihm dazwischen". Und da kletterte er einfach über den Draht, die Todesstrafe riskierend.

Es hieße, dem Oberstleutnant a.D. Loeffler Unrecht tun, hierüber zu lächeln, weil er so gar nichts Heldenhaftes an sich hat. Wegen dienstlichen Ärgers wegzulaufen, ist wohl einmalig in der deutschen Geschichte. Aber der Troupiier Loeffler hält sich nicht einen Augenblick lang für einen Deserteur, im Gegenteil, er hat es auf der Pressekonferenz nachdrücklich zurückgewiesen, 1945 zu den Sowjets überzulaufen zu sein, was sich ganz offensichtlich nicht mit seinen Anschauungen von militärischem Berufsethos verträgt. Wie aber erklärt sich dann sein jetziger Frontwechsel, der nicht das Ergebnis eines verzweifelten inneren Ringens, etwa das des Obersten Stauffenberg gewesen ist?

... sondern von Deutschland nach Deutschland

Die Lösung ist einfach, und sie ist eine Belehrung für alle, die leichtfertig hier im Westen von der "Realität der deutschen Spaltung" reden. Der Oberstleutnant Loeffler hat keine Sekunde lang das Gefühl gehabt, überzulaufen, weil er von Deutschland nach Deutschland gegangen ist. Der Schritt über die Drahtverhaue ist ihm wie Millionen zu vor nicht Immigration in eine andere Welt gewesen, sondern simpler Ortswechsel, weil er andere Lebensbedingungen wollte. Als ihm der Fragen platzte, war ihm das sogenannte sozialistische Lager keinen Pfefferling wert, er ging zu den "Aggressoren", zum "Klassenfeind", der ihm um vieles näher steht als die Berater aus Moskau, die ihn trotz Eid und ideologischen Brillen Fremde geblieben sind.

Die Flucht des Regimentskommandeurs, sie zeichnet ein Bild von der Seelenlage eines Mannes am Schnalhebel der Macht, jener Macht, der Ulbricht seine Herrschaft anvertraut. Es steckt ein Stück Titoismus darin für Moskau, jenes nationalen Bewußtseins, das stärker ist als das ideologische Band. Für die Sowjets vielleicht nur eine Frage der Psychologie; für Pankow jedoch ein Gespenst, das umgeht, das Gespenst des ganzen Deutschland, trotz Mauer und Minengürtel. Und für die Deutschen im Westen ein Lichtblick in einer schlimmen Zeit.